

# Amtsmissbrauch und Amtsdelikt in der Politik

## § 331 Vorteilsannahme

(1) Ein Amtsträger oder ein für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter, der für die Dienstausübung einen Vorteil für sich oder einen Dritten fordert, sich versprechen läßt oder annimmt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ein Richter oder Schiedsrichter, der einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen läßt oder annimmt, daß er eine richterliche Handlung vorgenommen hat oder künftig vornehme, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Der Versuch ist strafbar.

(3) Die Tat ist nicht nach Absatz 1 strafbar, wenn der Täter einen nicht von ihm geforderten Vorteil sich versprechen läßt oder annimmt und die zuständige Behörde im Rahmen ihrer Befugnisse entweder die Annahme vorher genehmigt hat oder der Täter unverzüglich bei ihr Anzeige erstattet und sie die Annahme genehmigt.

Vorteilsannahme ist also eine nach deutschem Strafrecht strafbare Handlung. Sie liegt dann vor, wenn ein Amtsträger (Beamte, Gemeinderatsmitglieder) oder ein für den öffentlichen Dienst Verpflichteter für sich oder für einen Dritten für die Dienstausübung einen Vorteil fordert, sich versprechen lässt oder annimmt.

Amtsträger sollen ihr Amt wegen ihrer besonderen Macht- und Vertrauensstellung unparteiisch, gesetzmäßig, ehrlich, anständig und ohne persönliche Vorteile erfüllen.

Wer sein Amt dazu missbraucht, für seine Partei über Beratungsgespräche Geld einzutreiben missbraucht seinen Amtsposten, denn ohne diese wäre es nicht möglich derart hohe Honorare von Firmen für Gespräche einzufordern. Als Parteivorsitzender in der Opposition wäre es weniger interessant. Und dies zeigt ja eindeutig die Erwartungshaltung der Firmen, die solche Gespräche kaufen, sie versprechen sich einen Vorteil davon. Die Ministerpräsidenten Rüttgers und Tillich von der CDU müssen sich diesen Vorwurf schon gefallen lassen, denn ihr Angebot ist mehr als nur unseriös, wenn man den § 331 StGB durchliest.

Auch der Außenminister Westerwelle muss sich sehr wohl überlegen, wen er auf seinen Dienstreisen mitnimmt. Mag sein, dass dies in der Vergangenheit Usus war. Umso schlimmer für Westerwelle, wenn er damit nicht Schluss macht, um seinen guten Willen für Neuerungen und gegen Korruption zu unterstreichen. Ihm fehlt aber das nötige Feingefühl dafür genauso wie dies den Herren Rüttgers und Tillich fehlt.

Wenn der Lebenspartner von Westerwelle, der unter anderem Sportereignisse managt, mit nach Brasilien fährt, dann aber wegen der Kritik aus Deutschland rechtzeitig ein Treffen der Sportfunktionäre seinem Lebenspartner Westerwelle überlässt und scheinheilig einen Spendenscheck für ein Kinderprojekt übergibt, schafft dies keine besondere Glaubwürdigkeit. Bei Westerwelles Asienreise war außerdem Cornelius Boersch, ein Schweizer Unternehmer, dabei, der laut „Berliner Zeitung“ Geschäftspartner der Brüder Westerwelle ist und zu den Groß Spendern der FDP gehört.

Der Gründer von United Internet, Ralph Dommermuth, reiste ebenfalls mit nach Südamerika. Dommermuth habe laut „Spiegel“ im Jahre 2005 48.000 € an die FDP überwiesen.

Der Schwabe würde sagen: „Das hat ein Geschmäcke“. Und die Opposition wirft nicht grundlos den Korruptionsverdacht in die Runde. Die Handhabe damit zu entschuldigen, man

hätte dies in der Vergangenheit immer so getan ist nur ein Armutszeugnis für Westerwelle und bei weitem keine Entschuldigung.

In der deutschen Politik wird eine derartige Vorteilnahme aber wohl eher als ein Kavaliersdelikt als ein Amtsdelikt angesehen.

Ob sich Hamburgs Bürgerschaftspräsident Berndt Röder, genannt „Glatteis-Röder“ im Februar 2010 die Räumung seiner Zufahrt von Schnee und Glatteis anfordert, während die umliegenden Straßen ungeräumt bleiben, oder ob Günther Oettinger seine Siegesfeier von Mario Lavorato, der in Verdacht steht der kalabrischen Mafia anzugehören, ausrichten lässt und das kostenlos, zumindest was den Service anbelangt, wie es später beschwichtigend hieß. So der Bericht von Jürgen Roth in seinem Buch „Mafialand Deutschland“.

Im Hauptstaatsarchiv Stuttgart – Archivalieneinheit steht folgender Eintrag vom Donnerstag, 4. November 1993: CDU-Fraktionsvorsitzender Günther Oettinger durch dubiose Freundschaft mit Pizzeria-Inhaber Mario Lavorato in Bedrängnis: Pizzeria in Weilimdorf ist Stammgaststätte für Unionsprominenz. Staatsanwaltschaft Stuttgart ermittelt wegen Drogenhandels und Geldwäsche.

08. Jun. 2007

Gottfried Teubner, Chef der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) im sächsischen Landtag, erhebt in der Affäre um angebliche Verbindungen sächsischer Politiker und Justizbeamter in kriminelle Netzwerke schwere Vorwürfe gegen Kanzleramtsminister Thomas de Maizière. Laut "Leipziger Volkszeitung" habe De Maizière als früherer Innenminister in Sachsen und oberster Dienstherr des Landesamtes für Verfassungsschutz die Vorschriften "nicht für ganz voll genommen". Als Dienstherr des sächsischen Geheimdienstes war de Maizière nach Ansicht von Teubner laut Gesetz verpflichtet, die PKK über rechtstaatlich bedeutsame Hinweise zur Organisierten Kriminalität (OK) zu informieren. "Dies ist nicht geschehen", sagte Teubner.

Die Affäre war durch Berichte über den brisanten Inhalt einer geheimen und umfangreichen Datensammlung des Verfassungsschutzes ins Rollen gekommen. Die in den Geheimakten enthaltenen Vorwürfe reichen von Amtsmissbrauch, Kinderprostitution, Bandenkriminalität und Geldwäsche bis hin zu Verstrickungen höchster Kreise in zwei Morde und einen Mordversuch in Leipzigs Immobilienbranche. Die Staatsanwaltschaft Dresden hat die Ermittlungen aufgenommen.

08.08.07 Die Staatsanwaltschaft Köln hat Anklage gegen vierzehn prominente Oberberger erhoben. Bürgermeister und Verwaltungschefs sollen an den Lustreisen der Gasgesellschaft Aggertal teilgenommen haben.

Den Angeklagten wird vorgeworfen, auf Einladung der Gasgesellschaft und auf Kosten der Zulieferer E.ON- Ruhrgas und Thyssengas an mindestens einer der Aufsichtsratsreisen nach Rom (im Mai 2001), Norwegen (September 2001, Juli 2002 und Juli 2003) und zur Documenta-Kunstaussstellung in Kassel (im Juli 2002) teilgenommen zu haben. Diese Reisen seien für das Aufsichtsratsgeschäft unnötig gewesen und hätten vor allem dem Vergnügen gedient.

Im Ausland sieht dies noch deftiger aus und gehört anscheinend zum „guten“ Ton.

### **Spanien**

In Spanien standen 2009 mehr als 800 Politiker, Beamte und Unternehmer im Verdacht, Schmiergelder angenommen zu haben.

Der sozialistische Bürgermeister von Santa Coloma de Gramenet bei Barcelona, Muñoz, wurde im Oktober festgenommen. Er steht im Verdacht, mit einem Netzwerk von Baulöwen und Politikern krumme Geschäfte abgewickelt und 44 Millionen € in die eigene Tasche gewirtschaftet zu haben.

"Die Korruption ist zu einer Gefahr für die Demokratie geworden", warnte die Zeitung "El País". "Sie zerstört das Vertrauen der Bürger in die staatlichen Institutionen." Das

Konkurrenzblatt "El Mundo" empörte sich: "Spanien geht in der Korruption unter."

Nach einer Aufstellung von "El Mundo" flossen in den vergangenen zehn Jahren mehr als 4,2 Milliarden Euro an Schmiergeldern.

Als das Epizentrum der Korruption hatte bis vor wenigen Jahren der Nobelbadeort Marbella gegolten, wo 2006 die gesamte Stadtregierung inhaftiert worden. Die Bürgermeisterin und ihre Gehilfen hatten die Korruption zum Prinzip erhoben - nach der Devise "keine Baugenehmigung ohne Schmiergeld".

Trifft das nur in Spanien zu?

### **Italien**

Die Staatsanwaltschaft hat gegen Berlusconi Vorermittlungen wegen Amtsmissbrauchs eingeleitet, weil Berlusconi Freunde und Bekannte in einer Militärmaschine zu seiner Villa auf Sardinien mitgenommen hatte. Bei seiner Beanstandung pikanter Party-Fotos ruderte der Politiker inzwischen zurück.

Zeit-online, 16.03.2010: Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi hat weiteren Ärger mit der Justiz, weil er die Absetzung der regierungskritischen Talkshow *AnnoZero* betrieben haben soll. Dazu habe er Druck auf die Kommunikationsbehörde und RAI ausgeübt. Wie italienische Medien berichteten, ermittelt die Staatsanwaltschaft im süditalienischen Trani gegen Berlusconi, den Leiter der Kommunikationsbehörde AGCOM, Giancarlo Innocenzi, sowie den Nachrichten-Chefredakteur des öffentlich-rechtlichen TV-Sender RAI Uno, Augusto Minzolini. Die Staatsanwälte waren eigentlich Kreditkarten-Betrügern auf der Spur, als sie bei abgehörten Telefonaten auf verdächtige Gespräche zwischen Berlusconi, Innocenzi und Minzolini stießen.

Derzeit laufen vor Gericht ein Korruptions- und ein Steuerprozess gegen Berlusconi. Beide Verfahren waren zwischenzeitlich ausgesetzt worden, nachdem die Regierung im Jahr 2008 ein Immunitätsgesetz verabschiedet hatte, das Berlusconi und andere hochrangige Vertreter des Staates vor Strafverfolgung schützte. Das Verfassungsgericht stufte diese Regelung im Herbst 2009 jedoch als verfassungswidrig ein.

### **USA November 2008**

Gegen Sarah Palin, ehemalige republikanische Vize-Präsidentschaftskandidatin, läuft ein Ermittlungsverfahren wegen Amtsmissbrauch. Auch ihr Ehemann Todd sollte aussagen – doch er verweigerte alle Angaben.

Palin wird vorgeworfen sie soll den Beauftragten für die öffentliche Sicherheit, Walt Monegan, entlassen haben, weil sich dieser geweigert hat, einen Polizisten zu feuern, der sich von Palins Schwester scheiden ließ.

### **USA 19. November 2008**

US-Vizepräsident Dick Cheney droht ein Gerichtsverfahren. Weil er indirekter Miteigner von privaten US-Gefängnissen ist, in denen es zu Misshandlungen von Gefangenen

gekommen sein soll, will ein Gericht im Bundesstaat Texas Cheney vorladen. Außerdem wird ihm vorgeworfen, Ermittlungen behindert zu haben.

Darüber hinaus habe er 85 Millionen Dollar in Unternehmen angelegt, die Profite aus dem Betreiben von privaten Gefängnissen zögen. Hier liege eine „Interessenverquickung“ vor, weil Cheney die Vergabe von Verträgen der Bundesverwaltung mit privaten Haftanstalten direkt beeinflussen könne.

### **Frankreich Oktober 2009**

Es riecht nach Protektion und Nepotismus. „Nur weil er Sarkozy heißt, wird ein Jurastudent im zweiten Studienjahr für die Spitze der EPAD nominiert“, sagte der sozialistische Abgeordnete Arnaud Montebourg. Der 23-jährige Jean Sarkozy wollte eigentlich im Dezember die Leitung der Entwicklungsgesellschaft EPAD übernehmen, die für den Ausbau des Geschäftsviertels "La Defense" in Paris zuständig ist. Kritiker sprechen dem Jurastudenten die Eignung für das Amt ab und werfen Staatschef Sarkozy vor, er habe seinem Sohn die Stelle zuschanzen wollen. Nun hat Jean Sarkozy um den massiven Korruptionsvorwürfen aus dem Weg zu gehen seinen Verzicht auf die Kandidatur für den Chefposten erklärt.

Auch die frühere sozialistische Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal zeigte sich angesichts der Nominierung „schockiert“. Sie sprach von Vetternwirtschaft und sah die Grundwerte der Republik bedroht.

### **Mallorca 21.10.2008**

Im Verfahren um mutmaßlichen Amtsmissbrauch sowie Korruption bei der Ausweisung von Palmas Gewerbegebiet Son Oms entdeckten die Ermittler jetzt ein Konto des Parlamentssprechers der Unió Mallorquina, Bartomeu Vicens, auf den Cayman-Inseln. Der Politiker soll dort angeblich 54.000 Euro eingezahlt haben. Außerdem soll Vicens und seine Frau Antònia Martorell Immobilien im Wert von rund 732.000 Euro erworben haben.

In seinem neuesten Buch beschreibt der bekannte Journalist Günther G. Prütting die krummen Geschäfte und Machenschaften einer korrupten Clique rund um eine einstmals renommierte Anwaltskanzlei Bufete Feliu. Elf Personen wurden bisher verhaftet.

Hunderte, vielleicht sogar Tausende von Immobilien, Apartments bis hin zu den Nobelvillen auf der ganzen Insel, viele davon im Besitz von Deutschen, sind illegal erbaut worden. Ihnen droht nun der Abriss.

### **Mallorca Zeitung 04.01.2010**

Im ersten einer langen Reihe von Korruptionsskandalen auf Mallorca hat das Oberlandesgericht auf den Balearen am Montag (28.12.) die Haftstrafe für den Ex-Bürgermeister von Andratx, Eugenio Hidalgo, bestätigt. Der frühere Politiker der Volkspartei (PP) war im Mai vergangenen Jahres zu vier Jahren Haft verurteilt worden, der Angeklagte hatte jedoch Rechtsmittel eingelegt. Hidalgo wurde noch am Montag ins Gefängnis eingeliefert.

Bestätigt wurden auch die Haftstrafen für den Rathausmitarbeiter Jaume Gibert sowie Jaume Massot, den Ex-Verantwortlichen für Raumordnung bei der Landesregierung. Die drei waren in der sogenannten Operation Voramar im November 2006 wegen Verdacht auf Korruption und Vetternwirtschaft verhaftet wurden. Neben dem jetzt bestätigten Urteil muss sich Hidalgo in zahlreichen weiteren Fällen wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder, Amtsmissbrauch und Dokumentenfälschung verantworten.

Mallorca Zeitung 11.01.2010

Die Ermittlungen gegen den früheren Balearen-Premier Jaume Matas Matas wird vom Untersuchungsrichter José Castro verdächtigt, insgesamt neun Straftaten begangen zu haben. In Folge der Untersuchung des Privatvermögens von Matas und seiner Frau Maite Areal sowie der Ermittlungen im Fall Palma Arena habe sich der Verdacht verdichtet, berichtet die Lokalpresse auf Mallorca. Zu den Delikten zählten unter anderem Amtsmissbrauch, Korruption, Veruntreuung öffentlicher Gelder, Dokumentenfälschung, Geldwäsche, Steuerhinterziehung sowie Verstöße gegen das Wahlgesetz. Theoretisch könnten sie eine Gefängnisstrafe von bis zu 30 Jahren bedeuten, hat die Zeitung "El Mundo" ausgerechnet. Matas' Frau Areal steht im Verdacht, vier Straftaten begangen zu haben, unter anderem Beteiligung an Geldwäsche und Steuerbetrug.

### **Österreich**

ORF, 11.3.10: Der Sprecher der Staatsanwaltschaft Graz, Manfred Kammerer: "Es nehmen in Vorwahlzeiten Anzeigen gegen Politiker - sowohl anonyme als auch vom politischen Gegner - zu." Amtsmissbrauch, Veruntreuung, Begünstigung, dutzende Fälle sind anhängig.

2006 wurden zwei Amtsmissbrauchaffären in der Wiener Polizei an die Öffentlichkeit getragen, die hinsichtlich der handelnden Personen miteinander verflochten waren. Einer der beiden Involvierten, Ernst Geiger, ist 2009, rehabilitiert, der andere, Roland Horngacher, musste den öffentlichen Dienst verlassen.

Mit dem Begriff ‚Saunaaffäre‘ wurde in österreichischen Medien die angebliche Verstrickung des Leiters der Wiener Kriminalpolizei, Ernst Geiger, bekannt.

Geiger wurde vorgeworfen, den mit ihm befreundeten Besitzer mehrerer Etablissements im Rotlichtbezirk (unter anderem der „FKK-Sauna“ *Goldentime*), vor einer bevorstehenden Razzia am 10. März 2006 telefonisch gewarnt zu haben. Gegen den Betreiber der FKK-Sauna wurde wegen grenzüberschreitender Prostitution und Zuhälterei ermittelt. Er und sieben seiner Angestellten wurden am 11. April 2006 verhaftet, mehrere legten Geständnisse ab. Der Betreiber wurde jedoch freigesprochen.

Im August 2006 wurden Ermittlungen gegen den damaligen Wiener Landespolizeikommandanten Roland Horngacher wegen des Verdachtes auf Amtsmissbrauch und unerlaubte Geschenkannahme aufgenommen. Beobachter sahen darin eine interne Intrige Geigers, der mit Horngacher um das Amt des Polizeipräsidenten konkurrierte. Die Anzeige gegen Horngacher brachte nämlich der Anwalt Geigers ein.

Horngacher soll vom ehemaligen BAWAG-Generaldirektor Helmut Elsner, einer Schlüsselfigur im Kriminalfall BAWAG-Affäre, Reisegutscheine im Wert von 8.000 € erhalten und teilweise eingelöst haben. Elsner soll dafür streng vertrauliche Informationen über Geschäftspartner erhalten haben.

Horngacher stand im Verdacht, weitere Geschenke (in einem Fall ein Auto) vom Glücksspielkonzern Admiral-Novomatic angenommen zu haben. Als Gegenleistung soll er Razzien und Kontrollen von privat betriebenen Glücksspielautomaten „gebremst“ bzw. verhindert haben.

Im Fall des wegen Kokainkonsums verurteilten österreichischen Popstars Rainhard Fendrich soll Horngacher befreundeten Medienvertretern vertrauliche Polizeiakten zukommen haben lassen.

Im Zusammenhang mit einer Sexaffäre mit einer Bardame werden Horngacher standeswidrige Kontakte in das Rotlichtmilieu sowie Trunkenheit am Steuer und Missachtung der Straßenverkehrsordnung vorgeworfen.

Am 17. Oktober 2007 wurde Horngacher von einem Schöffensenat am Landesgericht für Strafsachen in Wien wegen Amtsmissbrauchs und Verletzung des Amtsgeheimnisses zu einer 15-monatigen bedingten Haftstrafe verurteilt. Am 22. Juli 2008 wurde bekannt, dass der

OGH den Schuldspruch bestätigt hat und dieser somit nun rechtskräftig ist. Am 6. Oktober 2008 wurde veröffentlicht, dass das Oberlandesgericht Wien das Strafausmaß von 15 Monaten bedingter Haft nicht herabsetzt. Das Urteil ist rechtskräftig. Horngacher verlor dadurch von Gesetzes wegen den Beamtenstatus.

Verdacht des Amtsmissbrauchs gegen Grasser

"Format": Verdacht des Amtsmissbrauchs, des Geheimnisverrats und illegaler Absprachen.

Die Affäre um den Verkauf der BUWOG (58.000 Bundeswohnungen im Jahr 2004) unter dem damaligen Finanzminister Karl-Heinz Grasser zieht immer weitere Kreise.

Der Verkauf der 58.000 Bundeswohnungen ist seit Jahren umstritten. Der Rechnungshof kritisierte bereits 2007, dass der Bund beim Verkauf seiner fünf Wohnbaugesellschaften nicht alle Erlössteigerungspotenziale genutzt und auf zumindest 200 Mio. Euro verzichtet habe.

Im September wurde bekannt, dass der damalige Käufer Immofinanz den Grasser-Geschäftspartnern und Freunden Meischberger und Peter Hohegger 9,6 Mio. Euro Vermittlungsprovision bezahlt hatte.

### **Schlussatz**

Dieser Überblick ist nur die Spitze vom Eisberg, aber erschreckend genug. Jede Form der Korruption ist verwerflich und keinesfalls ein Kavaliersdelikt. For allem wenn es sich um den Missbrauch durch Beamten handelt.

Der Kampf gegen Korruption in Deutschland kann aber wohl nur dann gewonnen werden, wenn sich auch der Normalbürger an die Spielregeln hält. Dies tut er aber nicht, sagen die Steuerbehörden. Zusammen mit den Versicherungsunternehmen beziffern sie die Betrugsfälle auf über 150 Milliarden Euro im Jahr. Der Ehrliche ist da der Dumme, denn er muss für die Betrüger mitbezahlen.

Ich sehe aber nicht nur die Steuerhinterziehung im Vordergrund, sondern die verwerfliche Moral, seine Stellung und seinen Einfluss als Staatsdiener zu missbrauchen.